

Stadtparlament

Wortprotokoll

21. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

Dienstag, 23. September 2025, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz:	Matthias Schawalder, SVP
Entschuldigt:	Manuel Bühler, FDP/XMV (anwesend ab 18.08 Uhr) Elia Eccher, SP/Grüne Jonas Fischer, SP/Grüne Judith Huber, Die Mitte/EVP Samra Ibric, FDP/XMV (anwesend ab 18.14 Uhr) Peter Künzi, FDP/XMV Christoph Seitler, FDP/XMV (anwesend ab 18.50 Uhr) Esther Straub, Die Mitte/EVP (anwesend ab 20.05 Uhr) Corinne Straub, SVP (anwesend ab 18.26 Uhr)
Anwesend Stadtparlament:	21 Mitglieder 22 Mitglieder ab 18.08 Uhr 23 Mitglieder ab 18.14 Uhr 24 Mitglieder ab 18.26 Uhr 25 Mitglieder ab 18.50 Uhr 26 Mitglieder ab 20.05 Uhr
Anwesend Stadtrat:	René Walther, FDP Daniel Bachofen, SP Dieter Feuerle, Grüne Reto Neuber, Die Mitte Luzi Schmid, Die Mitte
Protokoll:	Flavio Schambron, Parlamentssekretär / Stv. Stadtschreiber

Traktanden

- 21/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 21/2. Stadt Arbon, Budget 2026
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 21/3. Seeuferrevitalisierung Schwimmbad und Seepark, Kredit in der Höhe von CHF 6'350'000.00 für die Revitalisierung des Uferabschnitts
Wahl 7er-Kommission

21/4. Fragerunde

21/5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienschaffende, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung mit einem Thema, das wohl jedes Parlament am intensivsten beschäftigt: das Budget. Mit dem Budget 2026 entscheiden wir nicht nur über Zahlen und Tabellen, sondern über die Schwerpunkte, die wir für unsere Stadt setzen wollen. Es geht darum, wie wir unsere Ressourcen verantwortungsvoll einsetzen – um das Notwendige zu sichern, das Wichtige zu ermöglichen und zugleich das Zukünftige nicht aus den Augen zu verlieren.

Ich danke bereits jetzt allen, die in der vorberatenden Kommission und der Verwaltung viel Vorarbeit geleistet haben. Heute liegt es an uns, diese Arbeit kritisch zu prüfen, zu diskutieren und am Ende der Bevölkerung eine Empfehlung zu geben, die unserer Stadt für das kommende Jahr Stabilität und Perspektive gibt. Lassen Sie uns diese Beratung mit der nötigen Ernsthaftigkeit, aber auch mit dem Blick fürs Gemeinsame führen. Ich wünsche uns eine faire und konstruktive Debatte.

Die Sitzung ist somit eröffnet.

Da Esther Straub als Stimmzählerin amtiert, ist für die heutige Sitzung ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP Myrta Lehmann vor.

Gibt es andere Vorschläge?

Wenn dem nicht so ist, dann gilt Myrta Lehmann stillschweigend als gewählt. Ich möchte dich bitten, zu uns auf die Bühne zu kommen.

Zu Beginn der Sitzung sind 21 Parlamentsmitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 11.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Sie haben für die heutige Sitzung sämtliche Unterlagen fristgerecht erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 20. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und online einsehbar.

Einfache Anfragen:

Die beiden Einfachen Anfragen «Skulpturen Altstadt» von José Franco, Grüne, und «Mauersegler - Sanierung Schlossturm» von Riquet Heller, FDP, wurden mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die Einfachen Anfragen gelten somit als erledigt.

2. Stadt Arbon, Budget 2026 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Zu diesem Traktandum möchte ich Pascal Büchler, Leiter Abteilung Finanzen begrüßen. Er wird verdankenswerterweise Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird er uns nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis vorlegen.

Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2026 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2026 vorberaten. Der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor.

Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern. Zuerst erfolgt das Eintreten, dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Seiten und Funktionen nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen.

Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt dieser Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder von einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst die Änderungsanträge, d. h. den Antrag der FGK und die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenüberstellen. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen.

Ich begrüsse Manuel Bühler.

Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung der Investitionsrechnung im grünen Teil weiterfahren.

Zum Eintreten gebe ich nun zuerst dem Präsidenten der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission das Wort.

Mischa Vonlanthen, die Mitte, Präsident FGK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) der Stadt Arbon als vorberatende Kommission für die Budgetberatung hatte einmal mehr die ziemlich herausfordernde Aufgabe, in einer sehr kurzen Zeitspanne die Budgetunterlagen zu studieren, dem Stadtrat die richtigen Fragen zu stellen, diese mit dem Stadtrat zu diskutieren, mögliche Anträge zu diskutieren und den vorliegenden Bericht zu verfassen. An diesem Ablauf wird sich nach der Ablehnung der revidierten Gemeindeordnung auch nicht so rasch etwas ändern. Nur schon eine bis zwei Wochen mehr Zeit würden der FGK aber doch etwas Entlastung bringen.

Der ausführliche Bericht der FGK wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Ich verzichte deshalb darauf, den Bericht oder Auszüge daraus vorzutragen und freue mich vielmehr auf eine effiziente Beratung des Budgets an der heutigen Sitzung. Die frühere Startzeit der Sitzung heisst ja nicht zwingend, dass die Sitzung umso länger dauern muss. Einzelne Kernpunkte aus dem Bericht möchte ich trotzdem kurz erwähnen.

1. Der Stadtrat legt ein Budget vor, welches in der Erfolgsrechnung ein Defizit von knapp CHF 500'000 ausweist. Die FGK hat sich zu Beginn der Beratung das Ziel gesetzt, dem Parlament möglichst ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. Mit den heute durch die FGK beantragten massvollen Anpassungen kann dieses Ziel erreicht werden. Die FGK bittet deshalb das Parlament, den Anträgen zuzustimmen. In der Detailberatung werde ich die einzelnen Positionen jeweils kurz begründen.
2. Der Stadtrat beantragt, den Steuereffuss für das kommende Jahr unverändert bei 72 % zu belassen. Dies, obwohl die Rechnung 2025 voraussichtlich wieder deutlich besser als prognostiziert ausfallen dürfte, vor allem aber auch wegen einmaliger Effekte. Die FGK unterstützt diesen Antrag grossmehrheitlich. Angesichts der zahlreichen anstehenden, kostenintensiven Projekte und des Wegfalls der Liegenschaftensteuer ab 2029 – immerhin knapp 4 Steuerprozent – ist eine Steuerfussenkung aktuell nicht sinnvoll. Im Gegenteil: Ohne die Projekte zumindest teilweise selber finanzieren zu können, sind positive Ergebnisse sogar zwingend notwendig.
3. Die Nettoinvestitionen im Budget 2026 sind mit CHF 10.8 Mio. wiederum sehr hoch angesetzt. Gestützt auf die Erfahrungen der Vorjahre befürchtet die FGK, dass die budgetierten Investitionen auch im kommenden Jahr nicht vollständig realisiert werden. Dieses wiederkehrende Muster von hohen budgetierten Investitionssummen und einer

geringeren tatsächlichen Umsetzung hat sich in den Vorjahren bereits regelmässig gezeigt. Umso mehr, als die Investitionen nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine personelle Herausforderung sind. Die FGK ist aber grundsätzlich mit dem Investitionsbudget einverstanden und wird dazu auch keine Anträge stellen.

Nach der Beratung des Budgets 2026 empfiehlt die FGK deshalb dem Parlament grossmehrheitlich 1. den Steuerfuss bei 72 % zu belassen, 2. das Budget der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss, wenn alle Anträge der FGK angenommen werden, von rund CHF 35'000 zu genehmigen, 3. den Investitionsplan mit Nettoinvestitionen von rund CHF 10.8 Mio. zu genehmigen und 4. die Investitionen in das Finanzvermögen von CHF 680'000 ebenfalls zu genehmigen.

Ich bedanke mich ganz herzlich beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die offene und umfassende Bereitstellung der benötigten Informationen. Ein besonderer Dank gilt Pascal Bächler, Leiter der Abteilung Finanzen, der unser direkter Ansprechpartner für alle finanztechnischen Fragen war. Ganz speziell bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen für die speditive, wertschätzende und manchmal durchaus humorvolle Zusammenarbeit.

Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Anträge der FGK. Deshalb gilt mein Votum gleichzeitig auch als Fraktionsvotum, und wir sparen damit ein paar Minuten.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Ich begrüsse Samra Ibric. Damit sind 23 Personen anwesend, das absolute Mehr beträgt 12.

José Franco, SP/Grüne: Nach genauem Studium des geplanten Budgets 2026 und auch als Mitglied der FGK empfehlen wir das Eintreten auf das Budget 2026 sowie dessen Annahme. Die Fraktion SP/Grüne ist einstimmig der Meinung, dass der Steuerfuss bei 72 % belassen werden soll.

Ulrich Nägeli, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich ebenfalls für die kooperative Zusammenarbeit bei den vier Sitzungen. Dank an Pascal Bächler wie auch an den Stadtpräsidenten und die Stadträte mit ihren Kadermitarbeitern für die viele Geduld und gute sachliche Arbeit. Unsere Fragen in der FGK wurden immer schnell und genau beantwortet oder dann eben nachgereicht. Somit wurde sehr viel Vorarbeit für die heutige Sitzung geleistet, was sich auch in den wenigen Anträgen unserer Fraktion bemerkbar machen wird und sich hoffentlich heute auch ausbezahlt.

Eine Unstimmigkeit gibt es beim Steuerfuss, aber das werden wir im Lauf der Sitzung noch beraten, und ich werde dazu einen Antrag stellen. Wir sind für Eintreten.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Die Fraktion FDP/XMV ist für das Eintreten auf das Budget. Wir danken dem Stadtrat sowie der Verwaltung herzlich für die Vorlage des Budgets. Im Namen unserer Fraktion möchten wir insbesondere den Mitgliedern der FGK danken, allen voran ihrem Präsidenten Mischa Vonlanthen für die sorgfältige und verständliche Ausarbeitung des Berichts. Es erforderte erneut grossen Einsatz aller Beteiligten, in so kurzer Zeit ein umfassendes Budget zu beraten und einen detaillierten Bericht zu erstellen. Die Fraktion FDP/XMV kann den Anträgen der FGK weitgehend zustimmen. Auch die vorgelegte Investitionsrechnung findet unsere Unterstützung. In der Detailberatung werden von unserer Seite noch einige Fragen erfolgen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Auch ich möchte mich als Einzelmitglied Ihres Parlaments für die gute Aufarbeitung des Budgets und der Zahlen bedanken. Namentlich bedanke ich mich auch dafür, dass Sie Schwachstellen namentlich erwähnt haben und demzufolge kritikbereit sind. Das ehrt Sie, dafür danke ich.

Ich lasse die Katze sofort aus dem Sack. Ich werde in der Schlussabstimmung bzw. unter dem Kapitel Steuern eine Steuersenkung von 2 % auf 70 % beantragen. Alles Weitere in der Detailberatung. Auch ich bin für Eintreten, zumal dieses ja sowieso obligatorisch ist.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Der Stadtrat bedankt sich sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit und die spannenden Diskussionen und Debatten in der FGK. Die Thematik der Finanzen in der öffentlichen Hand ist in den letzten Jahren zu einem komplexen Themengebiet geworden, umso mehr Respekt gilt Ihrer Arbeit. Auch wenn es beim Budget jeweils lediglich um ein Jahr geht, so ist es doch auch beim Budget wichtig, einen Blick in den Finanzplan nach vorn zu werfen, denn im Budget werden teilweise auch Weichen für die Zukunft gestellt. Für den Stadtrat ist daher der Budget- und Finanzplanprozess zu einem wichtigen, integralen Bestandteil der strategischen Planung geworden. Eine nachhaltige Entwicklung der Finanzen sichert auch die nachhaltige Entwicklung der Stadt Arbon, welche auf verschiedenen Ebenen an Schwung gewonnen hat. Wir sind gespannt auf die Detaildebatte.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Das Eintreten ist obligatorisch und somit beschlossen. Wir kommen nun zur materiellen Beratung und beginnen mit dem weissen Teil der Botschaft.

S. 5 Vorwort

Riquet Heller, FDP/XMV: Hochrechnung für das laufende Jahr 2025: Ertragsüberschuss CHF 625'000 statt ein Ausgabenüberschuss von CHF 200'000, d. h. gut CHF 800'000 besser als vorausgesehen. Grund: ausserordentliche Mehreinnahmen bei den Steuern. Ich zitiere aus dem Bericht des Stadtrats: «Zusätzlich zum operativen Ergebnis», also zum Ertragsüberschuss von CHF 625'000, «wird im Jahr 2025 die Parzelle Rietli Niederfeld neu bewertet. Nach Zuweisung von 25 % der Neubewertungsanpassung an die Wertschwankungsreserven wird der Bucherfolg von voraussichtlich rund CHF 11 Mio. in den Jahreserfolg der Rechnung 2025 einfließen.»

Was heisst das auf Deutsch? Das Rietli macht uns dieses Jahr voraussichtlich um weitere CHF 14 Mio. reicher und erhöht also unser Eigenkapital neben den CHF 625'000 Jahresgewinn um nochmals CHF 14 Mio. CHF 3 Mio. davon stecken wir unter Umgehung der Erfolgsrechnung direkt in die Wertschwankungsreserven. Das ist der Maximalbetrag, weiter können wir dort nichts mehr einzahlen, und CHF 11 Mio. werden sich in der Rechnung 2025 positiv niederschlagen. Die CHF 11 Mio. – zum Leidwesen des Stadtrats ist dies zwangsläufig – müssen verbucht werden.

Ein Rückblick: 2024 haben wir von insgesamt CHF 10.8 Mio. Aufwertungsmillionen noch CHF 6.8 Mio. in die Wertschwankungsreserven platzieren – andere sagen verstecken – können, sodass nur CHF 4 Mio. erfolgswirksam waren. 2025 fallen weitere 13 Aufwertungsmillionen an, wovon gemäss Vorwort des Stadtrats 2025 CHF 11 Mio. erfolgswirksam und CHF 3 Mio. direkt in die Wertschwankungsreserven und darum erfolgsunwirksam verbucht werden können.

Das Eigenkapital unserer Stadt betrug am Silvester letzten Jahres gemäss Rechnung, die wir genehmigt haben, CHF 32 Mio. Ende 2025 wird es voraussichtlich um weitere CHF 14 Mio. auf CHF 46 Mio. anwachsen. Ich stelle eine Serie von beträchtlichen Aufwertungen des Stadtvermögens fest.

Wenn man neu höher eingeschätzt wird, dann ist man auch reicher, und dies nicht bloss auf dem Papier. Jeder, der betreffend seiner Liegenschaft neu eingeschätzt worden ist, weiss das. Eine Stadt, die reich ist, braucht weniger Steuern. Ich meine, mein Antrag auf Steuersenkung um 2 %, entsprechend rund CHF 650'000, sei sehr, sehr moderat und alles andere als einschneidend. Seien Sie darum nicht hartherzig als reiche Leute. Geben Sie diesem Antrag versuchsweise statt und sehen Sie, was er bewirkt. Demnächst werden wir nämlich die Rechnung bekommen, und da haben wir dann vielleicht wieder einen Vorschlag von CHF 800'000 Besserstellung im Verhältnis zur laufenden Rechnung, wo dann ein Ertrag von CHF 600'000 resultiert. Diese CHF 600'000 entsprechen in etwa meinem Antrag auf Steuersenkung von 2 %. 1 Steuerprozent entspricht etwa CHF 300'000. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und den Stadtrat um eine Erklärung, ob meine Überlegungen korrekt sind. Prove me wrong.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Deine Aussage kann ich natürlich so nicht stehen lassen, denn wie du selber gesagt hast, fliesst bei dieser Aufwertung kein Rappen Geld in die Kasse. Und unser Eigenfinanzierungsgrad ist wie bei vielen anderen Gemeinden im Moment bei 30 %. D. h., mit der Jahresrechnung erzeugen wir etwa CHF 2.8 Mio. bis CHF 3 Mio. Cash, die wir theoretisch für neue Investitionen einsetzen können. D. h., wenn wir mit einer Investitionssumme von CHF 7 Mio. bis CHF 8 Mio., die eine Stadt wie Arbon investieren muss, den Werterhalt sichern

möchten, müssten wir jedes Jahr CHF 6 Mio. Schulden machen, obwohl wir Gewinn gemacht haben, weil wir den Gewinn aufgrund von solchen Aufwertungen sehen. Selbstverständlich wird uns das hoffentlich irgendwann zugutekommen, aber erst dann, wenn wir das Rietli baureif gemacht haben und es verwerten können. Das braucht noch ein bisschen Zeit, und bis dahin ist unser Geldfluss nicht optimal bzw. schlecht. Aber auch dazu werde ich mich später selbstverständlich noch äussern.

Erfolgsrechnung

0110 Legislative

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Da hier zum ersten Mal ein Besoldungskonto aufgeführt ist, damit sind die Konten 30.00 ff. genannt, meine ich, dass es hier richtig ist, dass ich den Antrag der FGK zu den Besoldungen gleich hier stelle. Das ist nicht ein Antrag zu einem konkreten Einzelkonto, sondern da geht es um die budgetierten Erhöhungen bei den Besoldungskosten durch den Stadtrat.

Sie mögen sich erinnern, für das Budget 2025 hat das Stadtparlament ausserordentlich hohe Lohnanpassungen bewilligt, nämlich 1.7 % für den Teuerungsausgleich und eine generelle Lohnerhöhung. Die effektive Teuerung betrug damals nur 0.7 %. 1 % war also eine generelle Lohnerhöhung. Zusätzlich bewilligte das Stadtparlament 1.3 % für individuelle Lohnanpassungen. Durch diese Anpassungen konnten die Lohnungleichheiten behoben werden, die insbesondere Mitarbeitende betrafen, die ihre Stelle in den Jahren 2015 bis 2017 bzw. 2020 und 2021 bei der Stadt angetreten haben.

Für das Budget 2026 beantragt der Stadtrat nun insgesamt eine Lohnerhöhung von 1.5 %, aufgeteilt auf die Teuerung mit 0.3 %, eine generelle Lohnanpassung mit 0.4 % und individuelle Lohnanpassungen mit 0.8 %. Laut einer Umfrage der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich rechnen Unternehmen für das Jahr 2026 im Schnitt mit einer nominalen Lohnerhöhung von 1.3 %. Die aktuellste Konjunkturprognose des Bundes geht im laufenden Jahr lediglich noch von einer Teuerung von 0.1 % aus.

Aufgrund dieser Ausgangslage schlägt die FGK mehrheitlich abweichend zum Stadtrat eine individuelle Lohnerhöhung von 0.8 %, das entspricht dem Vorschlag des Stadtrats, und 0.4 % für die Teuerungsanpassung sowie eine generelle Lohnanpassung vor. Das Budget wird dadurch wiederkehrend um rund CHF 33'000 entlastet. Damit kann einerseits die volle Teuerung ausgeglichen und trotzdem noch eine kleine generelle Lohnanpassung ausgerichtet werden, und Mitarbeitende mit guten Leistungen erhalten eine zusätzliche individuelle Lohnanpassung. Ich bitte Sie, dem Antrag der FGK zuzustimmen.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich beantrage folgende Lohnanpassung: 0.7 % Teuerung und generell sowie 0.8 % individuell.

Beim Vorlesen meines Antrags habe ich gerade gesehen, dass einige Augen verdreht wurden. Und ich sage mir, wer seine Augen verdreht, sucht sein Gehirn. Nun begründe ich meinen Antrag noch.

Das Umfeld ist etwas schwierig. Wirtschaftliche Unsicherheiten von aussen und der Fachkräftemangel im Innern, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sind gegenläufig und lassen sich nur schwer einschätzen. Das SECO prognostiziert für 2026 ein Wirtschaftswachstum von 1.2 %. Die ursprüngliche Prognose lag bei 1.6 %. Aufgrund der politischen Verhältnisse, Handelsstreit usw., dürfte sich diese Prognose weiterhin abschwächen. Die Inflation war für 2025 bei etwa 0.4 % in Erwartung mit leichter Tendenz zu steigenden Preisen im Jahr 2026. Die meisten Prognosen gehen aber davon aus, dass die Inflation im Jahr 2025 niedrig und stabil bleiben wird, aber für 2026 prognostiziert man eine höhere Teuerung. Laut UBS-Analyse werden bis 2030 zwischen 220'000 und 300'000 Fachkräfte fehlen. Gemäss einer Studie von PWC werden allein in der öffentlichen Verwaltung bis 2030 rund 130'000 Fachkräfte fehlen. Auch hier steigt die Tendenz. Die bis anhin verfügbaren Werkzeuge wie künstliche Intelligenz werden die fehlenden Fachkräfte nicht ersetzen können, zumal der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen auftritt. Daher droht ein Leistungsabfall oder ein verschärfter Arbeitsdruck auf den unbesetzten öffentlichen Dienst. Will sich der öffentliche Dienst als guter Arbeitgeber richtig positionieren, und

daran haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grosses Interesse, wie wir als zuständige politische Behörde auch, dann müssen die Anstellungsbedingungen stimmen, was wir auch im Personal- und Besoldungsreglement noch regeln werden. Dort gehört der Lohn aber nicht dazu. Die ausgeglichene Teuerung ist kein Argument gegen eine Reallohnerhöhung. Diese beiden Zahlen sind auseinanderzuhalten. Ich erkläre euch den Unterschied. Wer lediglich von einer Lohnerhöhung spricht und den Ausgleich der Teuerung einschliesst, drückt sich nicht korrekt aus. Reallohnerhöhungen sind hierfür der relevante Begriff. Die Teuerung gleicht aus, was die Inflation an Wert genommen hat. Beträgt die Inflation 1 %, dann ist die nominale Anhebung des Lohns 1 % und somit keine Lohnerhöhung. Es wird der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vereinbarte Lohn wertmässig weitergeführt. Für den Staat gilt dies noch schärfer, denn er ist nicht frei. Er muss seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen, ob er will oder ob er nicht will. Er muss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutieren können, das leuchtet allen ein, sei es für den Polizeidienst, das Lehrpersonal, das Gesundheitswesen oder die Energieversorgung. Das gilt für alle Verwaltungszweige, selbst für die Steuerabteilung, die wir für die Bezahlung der zwingend nötigen Dienstleistungen brauchen.

Damit stellt sich die Frage der Erhöhung. Die öffentliche Hand beschäftigt in der Hauptsache Fachkräfte. Hier besteht ein erheblicher Mangel, wie ich Ihnen das schon gesagt habe. Die Nachfrage ist hoch, das Angebot ist klein. Wir wollen doch hier in Arbon keinen Service public, der wegen zu tiefer Löhne gezwungen ist, nicht ausgebildete Mitarbeiter zu verpflichten, was im Moment beim Lehrpersonal der Fall ist. Wir wollen im öffentlichen Dienst gut und effizient arbeiten. Um diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen zu können, muss unter anderem der Lohn stimmen und gut sein. Reallohnerhöhungen rechtfertigen sich deshalb, weil der Arbeitsdruck des einzelnen im öffentlichen Dienst zunimmt. Die Aufgaben müssen wie gesagt erledigt werden. Fehlen diese Leute oder lassen sich nicht alle Stellen im öffentlichen Dienst besetzen, ist die einzelne Mitarbeiterin oder der einzelne Mitarbeiter gezwungen, die Aufgaben des fehlenden Kollegen oder der fehlenden Kollegin selber zu übernehmen. Was bedeutet das jetzt? Gehen wir von einer Teuerung 2025 von 0.2 % aus, wie sie die Nationalbank prognostiziert. Der Antrag des Stadtrats mit 0.2 % Teuerung, 0.4 % generell und 0.8 % individuelle Lohnerhöhung. Die FGK sagt, wir geben 0.4 % generell, das ist Teuerung und generell, dass individuelle ist klar.

Mein Antrag ist 0.7 % generell inklusive Teuerung und 0.8 % individuell.

Allein aus der Aufstellung und der Argumentation zeigt sich ersichtlich, dass der Antrag Auer für die Leistungen der Mitarbeiter annähernd gerecht ist. Wir müssten sogar 1 % fordern, wie es auch sonst überall gemacht wird. Eine Aktion Mubea bedeutet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Arbon Mehrarbeit, sei es irgendwann in den Einwohnerdiensten, sei es irgendwann in den Sozialen Diensten. Arbeit, die nicht geplant worden ist.

Wir können jetzt wieder ewige Zeit über diese 0.3 % mehr als von der FGK vorgeschlagen diskutieren und uns erneut blamieren, oder wir können hinter diesem Entscheid aufrichtig stehen und sagen, es ist in das beste Gut der Stadt investiert. Das beste Gut in der Stadt ist und bleibt das Personal. Ehrlich gesagt bin ich nicht einmal enttäuscht, wenn mein Antrag abgelehnt wird. Ich denke mir nur: Ah, schon wieder, okay.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Herzlichen Dank für diesen Antrag. Auch wenn die effektive Teuerung aktuell wohl tiefer bleibt, so würde der Antrag von Jakob Auer dem Stadtrat ein bisschen Spielraum bei der Honorierung von guten Leistungen in die Hand geben. Im Sinn einer Wertschätzung gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den doch zahlreichen anstehenden Projekten begrüßen wir diesen Antrag.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Es liegen zwei gleichrangige Anträge von der FGK und von Jakob Auer vor. Die Anträge werden einander gegenübergestellt. Ein Mitglied kann nur für einen Antrag stimmen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK obsiegt mit 16 Stimmen gegenüber dem Antrag von Jakob Auer mit 8 Stimmen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 20 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

0294 Bahnhofstrasse 24

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Liegenschaft Bahnhofstrasse 24 ist ein Spekulationsobjekt der Stadt. Seit Jahren steht es leer und produziert uns jährliche Defizite von um die CHF 20'000. Letzteres ist gewissermassen die jährliche Spekulationsgebühr. Dies wurde von unserer Spezialkommission auch schon gerügt. Speculare ist Lateinisch und heisst voraussehen. Das ist eigentlich eine gute Sache, wenn man etwas voraussieht. Wer spekuliert, muss allerdings wissen, wo er steht, damit er weiss, was er sich von der Zukunft erhoffen kann.

Da hilft ein Blick in die Rechnung 2024, die wir genehmigt haben. Die Liegenschaft Bahnhofstrasse 24 umfasst 650 m². Bei einem Quadratmeterpreis dort unten an der Bahnhofstrasse von CHF 1'000 entspricht dies etwa CHF 600'000. Das Gebäude auf diesen 650 m² ist für etwas mehr als CHF 900'000 versichert. Und in unseren Büchern figurieren Grundstück und Gebäude mit CHF 45'000. Gemäss Absicht des Stadtrats sollen Boden und Haus vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überführt werden. Damit unterliegt diese Sache wie zum Beispiel eben auch das Rietli, wie eben vom Stadtrat zugegeben, einer Wertberichtigung zu Marktpreisen. Ich meine, auf dem Grund eines geschätzten Bodenwerts von CHF 600'000 und einem Restwert für das Gebäude, das draufsteht, liegt mehr als CHF 1 Mio. drin, das wird dann nachher aufgewertet. Ich gratuliere der Stadt für diese lukrative Spekulation. CHF 1 Mio. erspekuliert, und schwuppdwupp haben wir eine abermalige Aufwertung unseres Eigenkapitals um CHF 1 Mio.

Gewiss, das ist nur buchmässig, aber erklären Sie mal Ihrem Steuersekretär, wenn Sie mit Ihrer Liegenschaft und Ihren Wertschriften neu eingeschätzt worden sind, dass das nur buchmässig war und Sie gar keinen Vermögenszufluss hätten. Er wird Ihnen klipp und klar sagen, wenn Sie das nicht aus dem laufenden Einkommen bezahlen können, verschulden Sie sich bitte. Sie haben ja einen Gegenwert in der hohen Liegenschaft, im Schmuck, in Wertschriften, die Sie allenfalls haben. Demzufolge kriegen Sie sofort eine Hypothek und Sie können diese Schuld auch bezahlen, sobald Sie Ihren hohen Wert verkaufen. Und seien Sie unbesorgt, namentlich für Städte ist der Zins tief, nahezu bei null. Wir bezahlen für den Kredit quasi nichts.

Damit wird mein Antrag um die lächerliche Steuersenkung von 2 % abermals bestens ausgewiesen sein. Diese Steuersenkung kostet uns nämlich keine Million, sondern nur CHF 650'000, etwa der zu erwartende tatsächliche Gewinn, den wir ohne die Aufwertungen dieses Jahr machen werden.

Wie viele Millionen wollen wir Arboner in unserem Stadthaus noch horten? Und sei es auch nur in Form von Liegenschaften des freien Finanzvermögens. Unsere Stadt soll doch kein fetter Immobilienfonds sein. Unser Vermögen soll in den Taschen der Bürger sein und nicht im Tresor der Stadt resp. in ihrem Liegenschaftenportfolio. Ich bitte Sie demzufolge, auch unter dem Aspekt Bahnhofstrasse 24, wo Größenordnung eine weitere Million auf uns wartet, dem Steuerzahler, unseren Kunden eine Steuersenkung zu geben. Übrigens kein Geschenk. Ein Geschenk wäre es, wenn wir keine Steuern erheben würden. Eine Steuersenkung ist nie ein Geschenk. Die Steuer ist nicht das Primäre. Für mich Freisinnigen ist die Freiheit das Primäre. Und nicht die Steuer.

1408.4210.00 Gebühren für Amtshandlungen

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: In der Berufsbeistandschaft variieren die Einnahmen in diesem Konto im Zweijahresrhythmus, weil gewisse Berichte auch im Zweijahresrhythmus erstellt werden. Die Einnahmen fallen dann also alle zwei Jahre höher aus. Aufgrund der Erfahrungswerte der vergangenen Jahre kann hier der budgetierte Wert um CHF 20'000 auf neu CHF 200'000 erhöht werden.

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie haben es soeben gehört, weshalb man mit den Gebühren für Handlungen der Berufsbeistandschaft von ursprünglich CHF 120'000 auf CHF 200'000 hinaufgehen möchte. Infolge zyklischer Verrechnungsperioden ist mit Mehreinnahmen zu

rechnen. Diese Begründung, die auch von unserer FGK geschluckt worden ist, soeben von ihrem Präsidenten wiederholt, ist meines Erachtens ganz einfach falsch. Zwar trifft zu, dass Privat- und Berufsbeistände, klarer wäre der Ausdruck Amtsbeistände, alle zwei Jahre bei der KESB Rechenschaft abzulegen haben und sich von dieser Behörde ihre Auslagen zurückerstatten lassen können, worauf diese Behörde die entsprechenden Gebühren und den Auslagenersatz festlegt. Selbstverständlich werden bereits heute nicht alle Beistandschaften in ungeraden Jahren abgerechnet, sondern ein Teil in geraden und ein anderer Teil in ungeraden Jahren. Demzufolge keine zyklischen Mehreinnahmen, sondern stetige Mehreinnahmen. Es wäre ja sonderbar, wenn die KESB alle Beistandschaften in einem Jahr im Zweijahresrhythmus kontrollieren würde. Die machen das natürlich jedes Jahr, einen Teil in den geraden Jahren und den anderen Teil in den ungeraden Jahren.

Die Entschädigungen für die Dienstleistungen, die unsere Berufsbeistandschaft für Roggwil erbringt, sind zu tief. Wir erhalten von Roggwil statt CHF 43'000 zwar jetzt CHF 130'000. Das ist löblich, aber das sind nur etwa 10 % der Kosten, die uns die Berufsbeistandschaft insgesamt verursacht. Die Zusammenarbeit mit Roggwil, so etwa bei der Feuerwehr, finde ich sehr gut. Allein Arbon hat etwa 16'000 Einwohnerinnen und Einwohner, Roggwil sicher mehr als nur 10 %, das wären nämlich 1600. Kommt hinzu, dass die Roggwiler Steuerkraft deutlich über derjenigen von Arbon liegt. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an den Vorstoss von Felix Heller, den Sie unterstützt haben und der beinhaltet hat, dass eine Aufteilung pro Einwohner nicht zu einer Subventionierung der Gemeinden rund um Arbon führen darf. Ich meine darum, dass die budgetierten CHF 130'000, die wir von Roggwil erhalten, immer noch zu tief sind, und zwar deutlich. Korrekt wäre ein Betrag im Bereich von CHF 300'000. Es mag sein, dass wenn man es auf den Einzelfall bezieht, dieser Betrag ausgewiesen ist. Dann müsste aber die Gemeinde Roggwil eine eigene Berufsbeistandschaft führen, und allein schon die Initialkosten wären sehr hoch. Demzufolge meine ich, sie profitiere so oder so, wenn sie ihre Obliegenheit bei der Berufsbeistandschaft Arbon platzieren kann. Einen höheren Beitrag schluckt die Gemeinde Roggwil offenbar nicht. Ich habe Verständnis dafür. Roggwil findet offenbar die Berufsbeistandschaft Arbon einfach grundsätzlich sehr teuer – ich auch.

Stadtrat Reto Neuber, Die Mitte: Die Beteiligung der Gemeinde Roggwil bemisst sich nicht pauschal pro Einwohner, sondern an den effektiven Kosten, welche anteilmässig auf die tatsächlich geführten Mandate heruntergerechnet werden. Das ist unser Mechanismus.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Wenn du die Zahlen der letzten zehn Jahre anschaust, wirst du feststellen, dass es so ist. Alle zwei Jahre ist der Ertrag doppelt so hoch als in den anderen Jahren. 2022 haben wir Einnahmen von CHF 194'000, im Jahr 2023 von CHF 99'000, im Jahr 2024 CHF 200'000. Wir werden 2025 wieder etwa CHF 100'000 haben, demzufolge 2026 wieder den doppelten Betrag mit rund CHF 200'000.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Da der Antrag unbestritten ist, gilt er als stillschweigend genehmigt.

3110.3636.02 Beiträge an Museumsgesellschaft Arbon

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Mit der Museumsgesellschaft Arbon soll eine neue Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden, wofür im Budget 2026 erstmals ein Betrag von CHF 40'000 vorgesehen ist. Der genaue Sinn und Zweck dieses Betrags ist allerdings noch nicht bekannt. Auch die Antwort des Stadtrats auf eine entsprechende Frage der FGK fiel doch relativ vage aus, da die Diskussion im Stadtrat noch gar nicht stattgefunden hat. Es ist klar, dass es sich hier um einen jährlich wiederkehrenden Betrag handelt und demzufolge das Geschäft ohnehin dem Stadtparlament vorgelegt werden muss. Die FGK ist nicht grundsätzlich gegen diesen Betrag, ist aber der Ansicht, dass zuerst der Stadtrat und dann das Parlament seriös über die neue Leistungsvereinbarung diskutieren und befinden sollen, bevor diese Summe bereits im Budget verankert wird. Sollte das Parlament zum Schluss kommen, dass das vorgelegte Geschäft, nämlich eben diese Leistungsvereinbarung tatsächlich eine gute Sache ist, dann kann diese trotzdem entsprechend beschlossen werden.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Der Stadtrat beabsichtigt, die Leistungsvereinbarung mit der Museumsgesellschaft aus dem Jahr 1973 auf Antrag dieser Gesellschaft zu überarbeiten und zu erneuern. Einige Rahmenbedingungen haben sich verändert. Die Museumsgesellschaft Arbon ist quasi Hüter unserer geschichtlichen DNA. Viel Arbeit wurde bisher in Freiwilligenarbeit erledigt, was zunehmend schwieriger wird. Der Stadtrat möchte diese Pendeuz zeitnah an die Hand nehmen und hat daher folgerichtig den Posten ins Budget aufgenommen. Es wurde im Vorfeld angemerkt, man könne den Betrag im Rahmen eines Nachtragskredits dennoch umsetzen, sollte das Geschäft 2026 tatsächlich in trockene Tücher kommen. Das widerspricht ein bisschen dem Grundsatz, und das haben wir immer wieder als Vorwurf gehört, wir hätten zu viele Zusatzkredite. Der Stadtrat bittet sie deshalb, auf eine Streichung zu verzichten.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen angenommen.

3121.3130 Dienstleistungen Dritter

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Hier handelt es sich um einen Antrag, der auch vom Stadtrat gestützt wird. Die FGK hat nämlich festgestellt, dass die Kosten für eine Machbarkeitsstudie einerseits in der Erfolgsrechnung budgetiert wurden, andererseits aber auch in der Investitionsrechnung. Deshalb kann an einem Ort, nämlich hier in der Erfolgsrechnung das Konto um CHF 20'000 entlastet werden.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser als stillschweigend angenommen.

3411.4240.02 Schwimmbad Einnahmen

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Die FGK stellt den Antrag, die Einnahmen von CHF 410'000 auf CHF 450'000 zu erhöhen, und zwar ganz einfach aufgrund der Erfahrungswerte der letzten drei Jahre. Da betragen die Einnahmen immer zwischen rund CHF 440'000 und knapp CHF 500'000, auch bei etwas schlechterem Wetter. Auch im laufenden Jahr dürfte der budgetierte Wert wieder erreicht oder sogar übertroffen werden. Deshalb meinen wir, diese Erhöhung ist angemessen.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser als stillschweigend angenommen.

3415.4510.00 Entnahme aus Spezialfinanzierung

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich beziehe mich auf das erwähnte Konto bzw. die Antwort des Stadtrats auf die entsprechende kritische Frage in der FGK auf S. 15 des Kommissionsberichts. Aus der Spezialfinanzierung Hafen wird 2026 erstmals ein Betrag an die Stadtkasse für die Benützung des Hafens durch die privaten Bootseigentümer abgeführt. Dazu schreibt der Stadtrat gemäss S. 15 unten des Kommissionsberichts der FGK: «Gemäss Reglement setzt der Stadtrat eine Abgabe an das Gemeinwesen fest.» S. 16 oben: «Der Stadtrat hat entschieden, dass der Bootshafen pro Jahr einen Betrag von CHF 500'000 an die Stadtfinanzen beitragen soll.» Knusper Knusper Knäuschen, wer knabbert an meinem Häuschen?

Gemäss neuem Hafenreglement, welches wir beraten haben, setzt nicht der Stadtrat die Pauschale fest, sondern das Parlament im Rahmen der Budgetdebatte, was darauf die Stimmberechtigten mit der Zustimmung zu Budget und Steuerfuss genehmigen. Also nicht der Stadtrat legt fest und entscheidet, sondern das Parlament und die Stimmberechtigten legen fest und entscheiden. Damit erleichtern wir dem Stadtrat das Regieren. Er wird nämlich die Mietzinsgebühren für Bootsplätze erhöhen müssen, damit die CHF 500'000 an die Stadtkasse abgeführt werden können. Zur Begründung der Mietzinserhöhung, was die Hafentplatzmieter wohl weniger freuen wird, braucht er nicht auf einen stadträtlichen Beschluss zu verweisen, also auf

sein eigenes Handeln, sondern diese Mietzinserhöhung nehmen wir Parlamentsmitglieder zusammen mit den Stimmberechtigten auf unsere Kappe. Wir Parlamentarier und die Stimmberechtigten mit der Genehmigung von Budget und Steuerfuss sind die Schuldigen, weshalb der Mietzins im Hafen erhöht wird. Wir und nicht der Stadtrat haben das verursacht. Handelt es sich um ein Versehen, einen Verschreiber betreffend die Kompetenz im Hafbereich? Ich traue dem nicht so richtig, ich kann das nicht so richtig glauben. Vor wenigen Tagen hat nämlich der Stadtrat publiziert, dass er das Parkierreglement abgeändert habe. Auch übergriffig. Reglementsänderungen erlässt nur das Parlament und nicht der Stadtrat. Ich danke in diesem Zusammenhang Kollege Jakob Auer für den entsprechenden Hinweis. So wie es freudsche Versprecher gibt, gibt es auch freudsche Verschreiber.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Grundsätzlich hast du natürlich recht, die Kompetenz zum Budget liegt beim Parlament. Wir haben das auch in der FGK besprochen, und der Stadtrat hat da gesagt, wenn das für die FGK oder für das Parlament der falsche Betrag ist, dann kann man hier auf jeden Fall korrigierend einwirken. Es ist aber so, dass wir uns nicht unbedingt hinter dem Parlament verstecken müssen. Wir haben genug Rückgrat, auch selber hinzustehen und zu sagen, dass wir diesen Betrag als richtig erachten.

Das andere wegen des Reglements ist tatsächlich ein Fehler, doch auch da müssen wir uns nicht unbedingt verstecken. Fehler passieren, auch beim Stadtrat und in der Kommunikation.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Riquet Heller, ich muss nicht jedes Mal reagieren, aber diesmal muss ich es. Ich sehe mich im Gegensatz zu dir nicht als Schuldigen, sondern als Verantwortlichen. Wir machen ja jetzt nichts anderes, als über das Budget zu beraten, und ich habe kein Problemempfinden, wie du es gerade geäussert hast.

6220.3635.02 Beiträge Regivelo

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Da geht es um den Aufbau eines regionalen Veloverleihs zusammen mit dem Verein Regivelo Kreuzlingen. Die FGK hat dazu eine Frage gestellt und vom Stadtrat die Antwort erhalten, dass das Projekt seit 2025 aus Kapazitätsgründen zurückgestellt sei und man diese Position auch für 2026 streichen könne. Aufgrund dieser Aussage des Stadtrats beantragen wir die Streichung dieses Betrags. Allerdings sparen wir dadurch nichts. Es ist eine erfolgsneutrale Position, weil der gleiche Betrag beim Konto 6220.4980.00, nämlich der Parkplatzbewirtschaftung entnommen wird und sich dort der Betrag ebenfalls um CHF 80'000 reduziert. Hier haben wir dann also neu einen Betrag von CHF 200'000. Es gleicht sich also insgesamt aus.

Was wir gar nicht erwähnt haben und ich vorhin mit Pascal Böhler angeschaut habe, die Streichung dieses Betrags von CHF 80'000 hat auch noch in der Funktion 6151 Parkplatzbewirtschaftung zwei Änderungen zur Folge, die sich ebenfalls wieder ausgleichen. Dort müssten auch zwei Beträge um diese CHF 80'000 reduziert werden. Trotzdem bleiben wir dabei und beantragen diese Änderung im Budget.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt er als stillschweigend angenommen.

7900.3131.06

Riquet Heller, FDP/XMV: Im Text finden Sie den Begriff Stiftsbibliothek. Welche Stiftsbibliothek? St. Gallen? Ich glaube nicht, es ist wohl eher die Stiftung Stadtbibliothek Arbon, deren Präsident der Stadtpräsident ist. Ich bitte Sie doch ein bisschen um Genauigkeit. Wenn Sie schon Kompetenzen nicht beachten, dann beachten Sie, dass die Stiftsbibliothek oben in St. Gallen ist. Dann zum Konto 08 auf der selben Seite. Hier kreieren der Stadtrat und unsere Regierung einen Begriff «Marke Städtli». Das finde ich nicht gut. Unsere Marke ist Arb«on» und fertig. Wir sind nicht Städtli, nicht Speiserslehn und nicht Kratzern, sondern wir sind alle Arb«on». Das unterstreichen Sie mit dem entsprechenden Slogan, Ihren Briefköpfen und Fahnen. Dies führt zu einem ganzheitlichen Korporationsgeist, den Sie in einem Konto 8400.3130.02 auf der S. 50 auch

mit einem Corporate Design unterstützen. Bitte dividieren Sie als Stadtrat uns gegen aussen nicht mit Werbemassnahmen aktiv auseinander, sondern führen Sie uns unter einem Slogan, unter einer Fahne zusammen, die für alle da ist. Arbon und Arb«on». Wir haben Einheit nötig, auseinandergenommen werden wir auch ohne Massnahmen. Darum streichen der Marke Städtli und Korrektur des Begriffs Stiftsbibliothek mit Stiftung Stadtbibliothek Arbon.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Mit der Korrektur der Stiftsbibliothek kann ich gut leben und entschuldige mich für diesen gravierenden Fehler.

Zu deinem zweiten Punkt: Nein, du hast es einfach nicht begriffen. Arb«on» ist ein Verein, den wir gegründet haben. Das hat eine eigene Kontogruppe, das weisen wir auch so aus. Das Projekt Marke Städtli ist ein Projekt von den Ladenbesitzern und Gastronomen, die wir beim Aufbau ihrer gemeinsamen Marke unterstützen, und auch aus Transparenz gegenüber euch weisen wir das in einem separaten Konto aus. Nichts mehr als fair und transparent. Darum Nein, das darf man nicht trennen, denn wir möchten da transparent bleiben.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich nehme zur Kenntnis, dass das in unserer Rechnung verschrieben wurde. Das Zweite ist offensichtlich nicht die Kreierung einer Marke Städtli, sondern Unterstützung des entsprechenden Vereins. Damit gehe ich einig. Demzufolge stelle ich diesbezüglich keinen Antrag. Aber es ist natürlich irreführend, wenn man sagt, man mache von der Stadt her eine Marke Städtli. Demzufolge bitte ich Sie doch um Verständnis, dass wer die Rechnung durchliest, solche Fragen hat.

3636.0 Beitrag an Thurgau Tourismus

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Wie Sie alle wissen, haben wir vor einigen Jahren mit ziemlich viel Emotionen ein neues Konzept eingeführt und damit den Arbon Tourismus aufgelöst und die Leistungen an Thurgau Tourismus übertragen. Dies in der Erwartung, dass wir mehr Leistungen und mehr Qualität erhalten und sich der Tourismus in Arbon besser entwickelt. Leider ist aus unserer Wahrnehmung genau das Gegenteil passiert. Thurgau Tourismus schreibt rote Zahlen, sie haben vom Kanton weniger Geld bekommen. Sie wissen wieso. Wir haben vor vielen Jahren im Kanton eine Steuersenkung gemacht, und heute baden wir das alle aus.

Aber kommen wir zurück auf Arbon und Tourismus Arbon. Was heisst das ganz konkret? Sie haben das alle bemerkt, es passiert ziemlich viel weniger. In den kommenden Jahren sieht es noch düsterer aus. Gemäss Antwort des Stadtrats soll Thurgau Tourismus in den nächsten Jahren noch weitere Defizite machen. Wir sind überhaupt nicht zufrieden mit den Leistungen von Thurgau Tourismus in dieser Hinsicht und werden in Bälde einen entsprechenden Vorstoss im Parlament machen.

S. 52 Allgemeine Gemeindesteuer

9100.4000.00 Einkommenssteuern der natürlichen Personen / 9100.4010.00 Steuern der juristischen Personen

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Ganz so einfach ist es nicht immer mit der FGK. Im einen Jahr sind wir der Ansicht, dass die Einnahmen doch sehr optimistisch budgetiert seien, um dann im nächsten Jahr wieder den fehlenden Optimismus zu bemängeln. Die Budgetierung der Steuereinnahmen ist in der Tat ein Blick ins Wasserglas, und trotzdem sind wir im Hinblick auf das Budget 2026 der Ansicht, dass einerseits aufgrund der Zunahme der Einwohnerzahlen und andererseits auch aufgrund der Entwicklung der Vorjahre und auch des laufenden Jahres, für das die Hochrechnungszahlen ja sehr optimistisch aussehen, die Einnahmen etwas erhöht werden sollten.

Beim Konto 9100.4000.00 Einkommenssteuern der natürlichen Personen beantragen wir eine Erhöhung von CHF 15.3 Mio. auf CHF 15.5 Mio.

Beim Konto 9100.4010.00 Steuern der juristischen Personen beantragen wir eine Erhöhung um CHF 100'000 von CHF 2.5 Mio. auf CHF 2.6 Mio.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Allgemeinen Gemeindesteuern?

Ulrich Nägeli, SVP: Ich erinnere euch, dass wir immer noch den höchsten Steuerfuss im ganzen Kanton Thurgau haben. Zurzeit habe ich das Gefühl, dass wir alles daran setzen, diesen Titel auch zu behalten oder sogar zu zementieren. Wir senden deutliche Zeichen in den Kanton Thurgau, aber auch an unsere Steuerzahler. Nach sieben erfolgreichen, positiven Jahren in der Jahresrechnung wird scheinbar die Gelegenheit genutzt, überall das Maximum an Leistungen zu erhalten. Die Wahrnehmung vieler Bürger ist etwa die folgende: Angefangen bei uns im Parlament mit der Erhöhung unserer Entschädigungen und Diäten. Jetzt aktuell das Leuchtturmprojekt Personal- und Besoldungsreglement der Stadt, welches 2026 hätte in Kraft treten sollen, also in diesem Budget, welches wir gerade besprechen, mit überdurchschnittlich hohen geforderten Sozialleistungen wie zum Beispiel 30 Tage Ferien pro Jahr für alle. Der Steuerzahler oder die Steuerzahlerin soll hier Steuern für Leistungen bezahlen, die er selber bei seinem Arbeitgeber ein Arbeitsleben lang nie erhalten wird. Ebenso weitere Erhöhungen der Stellenprozente beim Stadtpersonal. Um noch ein weiteres, ein bisschen entfernteres Beispiel zu nennen: Bei der Sekundarschulgemeinde wird ein scheinbar alternativloses Schulhausprojekt mit 22 Klassenzimmern und 11 Gruppenräumen gefordert, welche wahrscheinlich die teuersten Schulräume im ganzen Kanton Thurgau werden.

Ich weiss, das hat keinen Zusammenhang mit diesem Budget, aber für die Arboner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eben schon. Es gibt also sehr wohl einen sehr direkten, kausalen Zusammenhang. Es sind immer die gleichen Steuerzahler, die dafür aufkommen müssen.

Mit einer Steuersenkung von 1 % erhalten die Steuerzahler etwas Weniges zurück. Sie nehmen auch teil am offensichtlichen Erfolg dieser Stadt. Sie sitzen alle im gleichen Boot wie wir alle. Mit der Meinung, es kommen schlechtere Zeiten, Bund, Kanton und Gemeinden reduzieren ihre Leistungen, wir können die Steuern nicht senken, bin ich teilweise einverstanden. Ja, es kommen schwierige Zeiten, aber auch für die Bürger wird es härter. Arbon bricht mit einem Steuerprozent weniger nicht zusammen. Die Finanzierbarkeit ist weiterhin gegeben. Die Stadt hat sich mittlerweile sehr gut aufgestellt und hat Reserven. Hingegen haben wir Probleme mit unseren geplanten Investitionen. Hier sind wir mittlerweile bei tiefen 37 % Erfüllung angelangt. Das Gute daran ist, mit dieser Verzögerung der Durchführung erhöhen sich die Reserven weiterhin. Ich zweifle daran, dass es uns im nächsten Jahr bereits gelingen wird, die geplanten Investitionen, die für diese Stadt überaus notwendig sind, mit etwa 100 % zu erfüllen. Rechnerisch müssten wir die Leistungen mehr als verdoppeln. Um dies zu erreichen, müssten wir die Effizienz steigern. Es wird daran gearbeitet, aber es benötigt auch Zeit und das nötige Glück, dies umzusetzen. Somit ist es also möglich, die Belastung der Steuerzahler ein wenig zurückzunehmen, ohne unsere Projekte mit den geplanten Investitionen zu gefährden. Wir benötigen einfach noch etwas mehr Zeit.

Meinen Antrag, den Steuerfuss von 72 % auf 71 % zu reduzieren, nehme ich zurück aufgrund von zwei Anträgen, die sich konkurrenzieren. Und da wir ohnehin mit starker Opposition rechnen müssen, schlage ich vor, es zu bündeln.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stosse ins selbe Horn wie Kollege Ulrich Nägeli und danke, dass er seinen Antrag zurückgezogen hat zu Gunsten meines Antrags, nämlich 2 % Steuersenkung von 72 % auf 70 %. Also völlige Identität, nur 1 % mehr. Das ist relativ wenig. Sie wissen, das sind bloss CHF 300'000.

Zur Begründung: Historisch ist Hauptaufgabe jedes Parlaments, die Bürger vor hohen Steuern der Regierung zu schützen. Das tue ich. Arbon hat hohe Steuern, die höchsten im Kanton. Unsere Stadt ist nicht armengemässigt, sondern hat Eigenkapital, und zwar beträchtliches, nämlich aktuell CHF 32 Mio. Dazu kommen CHF 14 Mio. aus dem Rietli, heute eingestanden. Ich habe Ihnen vorgerechnet, eine weitere Million aus der Bahnhofstrasse 24, also CHF 47 Mio. auf der hohen Kante. Demzufolge ist die Stadt fett. Einen oder sogar mehrere Ertragsverluste verträgt sie darum gut. Allenfalls durch Kreditaufnahme. Dort sind die Zinsen derzeit beinahe auf null. Wer ein grosses Vermögen hat und seine Ausgaben nicht bezahlen kann, der muss halt einen Kredit

aufnehmen. Das ist keine Schande. Er kann den Kredit zurückbezahlen. Namentlich für die Stadt sind die Zinsen zudem noch sehr tief.

Vermögen soll zudem bei uns Privaten und nicht bei der Stadt gehortet werden. Wir Private brauchen Reserven, die Stadt keine. Die Stadt wird nicht Konkurs gehen, sie wird sich auch nicht überschulden. Wir Steuerzahler werden ihr im Bedarfsfall schon zu Hilfe eilen. Wir sind das Substrat und nicht die Stadtkasse. Wir lassen sie nicht im Stich und fliehen von Arbon nicht weg. Demzufolge bleibt Arbon auch kreditwürdig, wenn wir 2 % Steuern weniger erheben.

Sechs Mal hintereinander hatten wir Ertragsüberschüsse. Auch in der Rechnung 2025 ist ein Überschuss von CHF 625'000 zu erwarten. 2 % entsprechen in etwa diesem Ertragsüberschuss. Gleich wie bei den Investitionen soll die Generation, die investiert, diese während der Abschreibungsdauer auch bezahlen. Und nicht gleich bar bezahlen. Sollen diejenigen bezahlen, die Investitionen beschliessen und die Investitionen darauf geniessen. Ein fürchterliches Beispiel dafür ist die Lärche. Die Schulgemeinde gibt CHF 63 Mio. aus ohne Bewegung im Steuerfuss. Es wird getan, als ob Ausgaben keinerlei Einfluss auf Steuern hätten. Dies fördert die Ausgabefreudigkeit. Wenn ich für etwas keinen Preis bezahlen muss, dann gebe ich Ausgaben gern statt.

Ein Steuerfuss soll meines Erachtens nicht etwas Statisches sein, sondern etwas Dynamisches. Hat die Stadt volle Kassen, hat sie Eigenkapital, Steuern runter. Dem steht die Meinung des Stadtrats gegenüber. Eine Anpassung des Steuerfusses soll vermieden werden. S. 4 des Vorworts: Die Regierung will volle, noch vollere Kassen haben. CHF 47 Mio. sind nicht genug. Wann wird genug genug sein?

Eine Steuerfussenkung von blossen 2 % mag allenfalls symbolischen Charakter haben. Das bewirkt noch nicht, dass wir die Laterne als Schlusslicht im Steuerwettbewerb im Kanton abgeben können. Das ist korrekt, aber es stimmt zumindest in der Richtung. Wer Alkohol trinkt und ein Glas weniger trinkt, und sei es auch nur in der Woche, der ist auf der richtigen Richtung. Und im nächsten Jahr werden wir sehen, ob die Richtung noch verstärkt werden kann, ohne dass die Stadt unter grossen Entzugserscheinungen wegen dieser Ministeuerfussenkung leidet. Und das Steuer herumwerfen, die Steuern wieder erhöhen können wir jedes Jahr. Und wenn mich jemand überzeugt, dass die Steuern erhöht werden müssen, setze ich mich für mein Arbon ein. Dann können Sie mit meinem Support rechnen. Aber Steuern zum Vornherein nur im Misstrauen zu erheben, dass der Stimmberechtigte einer Steuererhöhung dann wieder nicht stattgeben wird, finde ich eine Bevormundung des Steuerzahlers, die nicht am Platz ist. Schenken wir Vertrauen, sagen wir dem Stimmbürger und dem Steuerzahler, dass die Steuern von seinem Verhalten abhängen. Gibt er Ausgaben statt, gehen die Steuern hinauf, umgekehrt ebenfalls. Haben wir Eigenkapital, haben wir keine Ausgaben, konnten wir Kapital anhäufen, geht die Steuer runter. Ich bitte Sie, meinem Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 2 % stattzugeben.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich möchte an dieser Stelle das Wort meines Vorredners aufnehmen. Am 30. April dieses Jahres titelte die Thurgauer Zeitung «Stadt Arbon mit Rekordgewinn». Die Erfolgsrechnung 2024 schloss mit einem Ertragsüberschuss von über CHF 6 Mio. ab, wovon über CHF 4 Mio. notwendige Wertberichtigungen beim Finanzvermögen waren. Aufgrund der letzten sieben guten Rechnungsjahre hat sich das Eigenkapital der Stadt Arbon auf CHF 32 Mio. erhöht und das Pro-Kopf-Nettovermögen hat sich verdoppelt. Im letzten Jahr hatte der Stadtrat ein Defizit von CHF 176'000 budgetiert. Daraus geworden sind diese CHF 6 Mio. Ertragsüberschuss.

Ich habe das Protokoll der 19. Parlamentssitzung vom 24. Juni dieses Jahres, an der die Jahresrechnung 2024 behandelt wurde, nochmals aufmerksam gelesen und vor allem die Seiten 440 bis 444 und die Voten von Ulrich Nägeli, SVP, Riquet Heller, FDP/XMV, und Stadtpräsident René Walther zum Thema Handlungsdruck Fiskalpolitik mir nochmals zu Gemüte geführt. Heute sind wir zwei Monate weiter und beraten über das Budget 2026. Und ich sage Ihnen, nach sieben Jahren mit schwarzen Zahlen ist eine Senkung des Steuerfusses überfällig. Wenn die Stadt Arbon irgendwann irgendein Problem haben sollte, dann ist es nicht ein Problem der Einnahmen, sondern ein Problem der Ausgaben. Oder anders gesagt und gefragt: Wie lange will der Stadtrat noch Steuern auf Vorrat und obendrauf auf das bereits üppige Eigenkapital der Stadt Arbon einziehen?

Der Steuerfuss von 72 % der Stadt ist noch immer der höchste des ganzen Kantons, und es ist höchste Zeit, dieses unrühmliche Schlusslicht endlich loszuwerden bzw. weiterzugeben. Bei einer

Senkung um 2 % würden wir wenigstens mit Romanshorn gleichziehen, aber wir würden zusammen mit Romanshorn immer noch das Schlusslicht bilden. Die letzte Senkung des Steuerfusses übrigens stammt aus dem Jahr 2022. Anschliessend erfolgte in der Jahresrechnung ein Gewinn von über CHF 4 Mio. Und es ist schon fast grotesk. Auf der einen Seite schafft der Stadtrat mit dem heutigen Budget laufend neue Stellen und erhöht so den Stellenetat und auf der anderen Seite, wenn ich in die laufenden Behandlungen der Totalrevision des Personal- und Besoldungsreglements (PBR) schaue, gönnt er dem Personal mehr Ferien, mehr Mutterschaftsurlaub, mehr Vaterschaftsurlaub etc. Überall mehr, mehr, mehr, und das überall in Abweichung zu den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen.

Für die Fraktion der SVP muss der Steuerfuss ein flexibles und variables Instrument sein. Ein Teil der erwarteten Steuermindereinnahmen des Stadtrats erfolgt erst im Jahr 2029. Bis dahin fliesst noch ganz viel Wasser in und aus dem Bodensee. Deshalb ist es jetzt Zeit, ein Zeichen zu setzen und den Steuerfuss zu senken. Es liegt an Ihnen, dieses Zeichen zu setzen. Ansonsten wird ein Grossteil der SVP dieses Budget ablehnen, und dann sehen wir uns bei Philippi wieder, nämlich am Sonntag, 30. November 2025 bei der Volksabstimmung. Dann ist der erste Advent, und glauben Sie mir, dann gibt es Stimmungsvolleres, als über ein vom Volk abgelehntes Budget zu sinnieren. Die SVP ist bereit, für eine Steuerfussenkung zu kämpfen. Damit dies nicht geschehen muss, bitte ich Sie, den Antrag vom Riquet Heller auf Steuerfussenkung um 2 % zu unterstützen.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der rechtsbürgerlichen Seite, ich muss eine Replik machen. Ich habe mir Mühe gegeben. Als ich hierherkam, dachte ich, hör dir die Argumente an und interpretiere es nicht als Zwängerei. Es ist mir leider nicht gelungen. Ich habe eine Bitte. Wenn wir über Steuerfussenkungen reden und nachdenken, dann können wir das. Ich kann die Argumentation ein Stück weit nachvollziehen. Auch ich finde, Arbon hätte es verdient, nicht Spitzenreiterin bei den Steuerfüssen zu sein. Aber wer Dinge vermischt, zum Beispiel Personalreglement mit 30 Tagen Ferien, budgetneutral, oder über Geld spricht, das nicht vorhanden ist, sondern nur buchhalterisch über die Rietliwiese, die wir nicht veräussert haben und wovon kein Geld da ist, der vermischt Dinge für eine Polemik, und das stört mich. Das ist dann nicht mehr sachlich, das ist nur noch parteipolitisch oder polemisch. Das hat unsere Stadt nicht verdient.

Wenn wir schauen, welche Gemeinden im Kanton Thurgau die höchsten Steuerfüsse haben, kommen wir auf Frauenfeld, Amriswil, Bischofszell, Kreuzlingen, Romanshorn und Arbon. Fällt etwas auf? Das sind Gemeinden und Städte, Weinfelden ist eine Ausnahme, mit einer Zentrumsfunktion. Im Gegensatz zu den FDPlern, ich zitiere Riquet, steht bei uns Sozis nicht die Freiheit im Vordergrund, auch, aber wir sorgen für das Gemeinschaftliche und sorgen dafür, dass das Geld für die vielen Vorhaben, die sorgfältig geplant sind, ausreicht. Wenn man dem Stadtpräsidenten zuhört, wie die finanzielle Planung ist, wenn man den Finanzplan genau anschaut, ist es nicht an der Zeit, den Steuerfuss jetzt zu senken. Der Schulhausneubau hat hier in der Argumentation nichts zu suchen. Ich zitiere unseren Parlamentspräsidenten für meine Zwecke. Er hat gesagt, wir sollen heute Abend den Blick für das Zukünftige nicht aus den Augen verlieren.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Ich danke zuerst Michael Zwahlen für seine Ausführungen, die ich in dieser Form absolut unterstütze. Riquet Heller hat jetzt mit drei langen Voten seinen Antrag vorbereitet. Er spricht einerseits vom Tresor, in dem diese CHF 47 Mio. sein sollen. Er spricht davon, dass die Bahnhofstrasse 24 ein Spekulationsobjekt sein soll, obwohl diese Position bis jetzt noch im Verwaltungsvermögen liegt, also noch gar nicht zur Spekulation freigegeben worden ist. Dafür braucht es nämlich zuerst noch einen Entscheid des Parlaments. Er spricht davon, dass CHF 47 Mio. auf der hohen Kante sein sollen und er vermischt eben ganz viele Dinge. Das stösst mir sauer auf. Natürlich ist es schwierig zu erklären, wenn man CHF 6 Mio. Gewinn ausweist und die Zeitung noch von einem Rekordgewinn spricht und wahrscheinlich im kommenden Jahr wieder so titeln wird, wenn wir nämlich dann das Rietli aufgewertet haben werden. Aber wir haben nicht mehr Geld im Tresor.

Noch zwei Zahlen von mir: CHF 40 Mio. sind die Schulden, die die Stadt Arbon heute hat. Das ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern das sind die Darlehen, die die Stadt in der Vergangenheit

aufgenommen hat. Wenn man die Zahlen des nächsten Jahres und die Investitionen studiert, die nur für nächstes Jahr geplant sind, werden wir uns mit CHF 8 Mio. weiter verschulden müssen. Wenn wir den Investitionsplan bis ins Jahr 2029 anschauen, stehen da CHF 60 Mio. geplante Investitionen. Dafür wird es so oder so neue Darlehen brauchen, und ich bin froh, dass die Zinsen nach wie vor so tief sind, so können wir das auch tragen. Wir können es tragen mit dem Steuerfuss, den wir heute haben. Und es sind nicht bloss CHF 300'000. Ich warte darauf, dass bei einer anderen Stelle dann CHF 300'000 eine enorm hohe Zahl sein werden. Wir sprechen von CHF 600'000, die in den nächsten Jahren fehlen würden. Natürlich hätte ich als Mischa Vonlanthen auch Freude, wenn ich ein paar Franken weniger bezahlen müsste, aber als Parlamentarier kann ich das nicht tragen. Stimmen Sie diesen polemischen Anträgen nicht zu, sondern bleiben Sie seriös, bleiben Sie bei diesem Steuerfuss von 72 %, den wir heute haben.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich erkenne hier keine Polemik. Es geht wirklich darum, wirtschaftlich zu denken. Zurzeit haben wir Überschüsse. Wir können uns finanzieren, wir können uns auch refinanzieren. Ich bin auch dafür, dass wir die geplanten Investitionen realisieren, die wir schon gutgeheissen haben. Aber wenn man finanziell richtig vorgehen will, alle Kredite bedienen kann und mit diesem Geld auch noch amortisieren kann, wenn sich alle bedient haben, wenn überall die Diäten erhöht wurden, was keine Polemik, sondern eine Tatsache ist, dann müssen wir schauen, dass wir es gerechter verteilen. Denn wir sitzen alle im gleichen Boot, nur rudern die einen ein wenig mehr als die anderen. Wir können das über die Zeitachse machen, indem wir bei Investitionen, die wir wahrscheinlich sowieso nicht so schnell realisieren können, die Finanzierung zurücknehmen und auf der anderen Seite Schulden tilgen können. Das ist rein nur ein wirtschaftliches Denken, damit unsere Bürger, die jetzt auch in schwere Zeiten geraten, auch noch etwas mehr von ihrem Geld haben. Es kommt ja wieder zurück in die Kasse, denn sie geben es ja auch in Arbon aus. Es ist ein wirtschaftliches Denken und das mit der Polemik lehne ich ab.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Zum Glück gibt es eine starke Mitte. Zunächst einmal muss ich sagen, jeder von uns hier im Parlament, jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin hätte die Chance gehabt, den Crashkurs Finanzen von René Walther mitzuverfolgen, sich anzuhören und Fragen zu stellen. Wer das gemacht hat, hat nämlich festgestellt, dass da weder spekuliert noch masslos übertrieben wird. Es ist eine ganz nüchterne, sachliche Geschichte. Wir stellen fest, es gibt eine Jahresrechnung mit Jahreseinnahmen und Verpflichtungen, die wir eingehen. Da wird ziemlich wild hin und her diskutiert und es werden viele Sachen vermischt.

Kommen wir auf die Bahnhofstrasse 24 zurück. Ich habe auch schon lange moniert, was mit dieser Bahnhofstrasse 24 passiert. Könnte man sie tatsächlich verkaufen, hätte das einen Einmaleffekt, aber nicht jedes Jahr. Einmal würde Geld in die Kasse fliessen. Das müssen wir den Menschen unbedingt auch erklären. Dann ist dieser Wert weg. Ja, es gibt Wertberichtigungen, da kann die Stadt Arbon auch nichts dafür. Aber das spült keinen einzigen Franken in die Kasse. Aber wenn wir Investitionen tätigen, nehmen wir an, wir würden alle Investitionen im Rahmen von CHF 100 Mio. tätigen, müssten wir Geld aufnehmen und Zinsen zahlen, und das hat einen Einfluss auf die Jahresrechnung. Das ist ganz wichtig. Ich möchte hier keinen Kurs über Buchhaltung und Finanzen machen, aber Cash ist das eine, die laufende Rechnung ist ein weiterer Teil und alles andere sind Werte, die wir in der Stadt haben.

Kommen wir zum Steuerfuss: Es wurde angetönt, es ist verlockend. Auch für uns wäre es verlockend, wenn wir den Steuerfuss senken könnten. Aber wovon sprechen wir denn? Sie sprechen von Symbolpolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der rechten Seite. Es ist Symbolpolitik. Wenn wir das anschauen, sind es bei 1 % vielleicht CHF 20 pro Steuerzahler. Oder CHF 40, wenn wir es genauer anschauen, je nachdem, wer wie viel versteuert. Wollen wir das wirklich? Dann kommt noch dazu, es wurde auch gesagt, ab 2029 fallen die Liegenschaften Steuern weg. Das sind knapp 4 % oder knapp CHF 1 Mio. Das muss man auch berücksichtigen. Man könnte jetzt sagen, wir könnten vielleicht in den nächsten zwei oder drei Jahren uns eine Steuersenkung erlauben. Das ist so, das gibt auch der Stadtrat zu. Das könnte man durchaus machen. Wir könnten problemlos 2 %, eventuell sogar 3 % herunter gehen, aber schauen wir die ganze Geschichte ein bisschen weitsichtiger an und übernehmen die Verantwortung. Ja, es ist die Verantwortung im Parlament, auch mal zu sagen, obwohl wir sieben positive Jahre haben, ist eine Steuersenkung auf längere Sicht schlicht und einfach nicht realistisch. Ich möchte hier eine

Klammer machen. Sie wissen alle, vor einigen Jahren wurden im Kanton die Steuern um 8 % gesenkt. Wo steht heute der Kanton Thurgau mit den Finanzen? Wer muss das ausbaden? Wir alle. Wir alle müssen das ausbaden, überall wird gekürzt. Das kann es ja wohl auch nicht sein. Es gibt überhaupt keine Not und keine Notwendigkeit, die Steuern zu senken. Dinge hier zu vermischen mit Investitionen der Lärche und anderen Geschichten, finde ich wirklich nicht angebracht. Das erachte ich ehrlich gesagt auch als Polemik und das gehört sich einfach nicht. Bitte unterstützen Sie den Antrag zur Steuersenkung nicht.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Der Stadtrat kann durchaus nachvollziehen, dass es im Zusammenhang mit den vergangenen Rechnungsjahren gewisse Begehrlichkeiten in Bezug auf den Steuerfuss gibt. Daher haben wir auch in diesem Jahr eine seriöse und ausführliche Finanzplanung erstellt und eben nicht wie andere Gemeinden nur vier Jahre betrachtet, sondern in die nächsten acht oder sogar zehn Jahre geschaut. Nicht zuletzt, weil uns diese Frage eben selber beschäftigt hat. Die Ergebnisse wurden in den letzten Wochen bei verschiedenen Gelegenheiten erläutert und, wie es Aurelio erwähnt hat, interessierten Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf freiwilliger Basis nähergebracht. Wir haben zum Beispiel eine Frage gestellt: Was schätzen Sie, wie viel liegt auf den Bankkonten der Stadt Arbon Ende Jahr Cash? Man hat gestaunt. Es sind CHF 10 Mio. Das ist nämlich das Ziel des Finanzhaushalts einer Stadt oder einer Gemeinde, nicht zu viel liquide Mittel anzuhäufen.

Wenn man in die nächsten Monate und Jahre schaut, trübt sich der Horizont, wenn es um die finanziellen Aspekte geht, ein. Allein durch den Wegfall der Liegenschaftensteuern, der angekündigten Erhöhung der IPV-Beiträge, Sparaktionen des Kantons und weiteren kleineren Effekten müssen bis 2029 CHF 2 Mio. bis CHF 2.5 Mio. Mindereinnahmen oder Mehrausgaben abgedeckt oder kompensiert werden. Der Finanzplan zeigt deutlich auf, dass dies bei einem normalen Verlauf der Wirtschaft und des Wachstums bei einem Steuerfuss von 72 % verkraftbar wäre. Ganz wichtig, aber nur unter der Voraussetzung, dass auch mal negative Rechnungsjahre akzeptiert werden, was eben aufgrund des hohen Eigenkapitals völlig in Ordnung ist. Denn dafür kann man sein Kapital brauchen, aber nur buchhalterisch, nicht cashmässig. Dabei muss man beachten, dass man nicht durch unbedachte Eingriffe in das operative Geschäft die aktuell positiven Entwicklungen auch bei Projekten abwürgt. Zudem werden die Einflüsse der aktuellen Entwicklung in der Wirtschaft, welche in den kommenden Jahren nicht sehr erbauend sind, in den kommenden Jahren auf den Steuern der früheren Jahre spürbar werden. Ich habe das in der Sensitivitätsanalyse auch aufgezeigt. Da haben wir nämlich auch die grössten Schwankungen, die eben auch zu positiven Jahren geführt haben, wie Nachzahlungen, Steuerveranlagungsrückstände. Was passiert, wenn zum Beispiel die Firma Mubea in zwei Jahren die definitive Steuerrechnung bekommt? Dann zahlen wir vielleicht zurück.

Eine Steuerfussenkung zum jetzigen Zeitpunkt könnte aber die Situation zusätzlich verschärfen und dazu führen, dass das Steuerhaushaltsgesetz in den kommenden Jahren nicht mehr eingehalten werden kann. Dieses besagt nämlich, dass ein Steuerhaushalt über acht Jahre im Schnitt ausgeglichene Rechnungen erzielen muss. Das sieht man im Finanzplan. Unter gewissen Szenarien wird das bei einem tiefen Steuerfuss schwierig.

Wie auch andernorts schon erläutert, sieht es in Arbon ähnlich wie bei anderen Gemeinden mit der Eigenfinanzierung bzw. mit dem Geldfluss, den man auch betrachten muss, nicht rosig aus. Er beträgt 30 %. D. h., wir können mit dem Cash, den wir jedes Jahr verdienen, nur 30 % der Investitionen, die wir in Zukunft tätigen müssen, finanzieren. Zum Glück haben wir das Rietli, das brauchen wir irgendwann vielleicht noch. Noch zu erwähnen ist, dass es Kantone wie den Kanton Aargau gibt, die ihren Gemeinden vorschreiben, dass sie mindestens 70 % haben müssen, weil man eben diese Thematik erkannt hat.

Bei der Aufwertung des Finanzvermögens fliessen, wie bereits schon mehrfach erwähnt, keine flüssigen Mittel. Eine Steuerfussenkung zum jetzigen Zeitpunkt verschlechtert den Geldfluss zusätzlich und begünstigt die Zunahme von Schulden und damit eben auch den Anstieg der Kapitalkosten. Ja, die Zinsen sind im Moment tief, das ging aber, Sie können Herrn Büchler fragen, vor eineinhalb Jahren in die andere Richtung. Und wenn Sie es nicht glauben, dann schauen Sie in die Debatten des Kantonsrats. Diese kann man auch im Livestream verfolgen. Der Kanton kämpft gerade mit diesen Effekten, nicht zuletzt ausgelöst durch die letzte Steuerfussenkung.

Ein wesentlicher Teil der guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre war in Arbon Sondereffekten wie Erbschaften und Steuernachzahlungen von Firmen geschuldet. Das Abstützen einer Finanzplanung auf solche Effekte ist unseriös. Auch hier muss der Kanton lernen. Jahrelang wurden die Nationalbankausschüttungen fast schon als normal betrachtet und ins Budget eingerechnet, was eben zur Steuerfussenkung verleitet hat. Man hat aber gelernt. Auch der Kanton rechnet diese Gelder nun nicht mehr ein, was ich kürzlich sogar von SVP-Politikern als gute Sache gehört habe.

Ich habe mir von unserem Steuersekretär ausrechnen lassen, was eine Steuerfussenkung um einen Prozentpunkt für die Menschen in Arbon bedeutet. Bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 80'000 bedeutet dies für Alleinstehende CHF 42.75 und für Verheiratete CHF 29.50 pro Jahr. Bei einem Einkommen von CHF 150'000 ist es für Alleinstehende CHF 95.05 und für Verheiratete CHF 78.55 pro Jahr. Für den Steuerhaushalt von Arbon bedeutet es aber, in den nächsten Jahren im Fall von 2 % deutlich über CHF 600'000 zusätzliche flüssige Mittel beschaffen zu müssen, wenn wir die Projekte weiterbearbeiten und investieren.

Mischa Vonlanthen hat es erwähnt, CHF 65 Mio. sind nur A-Projekte von Anlagen, die einfach schlichtweg kaputt sind. Zum Beispiel die Leichtathletikanlage, die nächstes Jahr nicht mehr homologiert ist. Es gibt viele Beispiele. Es sind nur die A-Projekte, wo nur das gemacht wird, was es an Werterhaltung braucht. Das ist kein Luxus, kein schöner Wohnen, nur damit unsere Stadt funktioniert. Wir haben es gehört. CHF 40 Mio. Schulden, CHF 65 Mio. Investitionen – und wir sind froh um das Rietli, das können wir dann noch gut gebrauchen, und wir arbeiten auch daran. Aber es gibt auch keinen Grund für Panik. Die Finanzen der Stadt Arbon sind gut, weil wir dank der guten Ergebnisse in den letzten Jahren Schulden zurückbezahlt haben. Deshalb haben wir eine relativ tiefe Verschuldung, die uns einen gewissen Spielraum gibt. Wir stehen gesund da, können selber gestalten und haben das Heft selber in der Hand. Eine Steuerfussenkung schmälert und gefährdet ebendiesen Spielraum. Bitte lehnen sie daher diesen Antrag ab.

Riquet Heller, FDP/XMV: Damit wir frei unter dem Hagel der Voten der Gegenbank abstimmen können, stelle ich den Antrag auf geheime Abstimmung.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Leider definiert das Geschäftsreglement des Parlaments das Zustandekommen einer geheimen Abstimmung nicht. Deshalb berufe ich mich auf das kantonale Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht Art. 68, bei dem ohne Diskussion mindestens ein Viertel der Parlamentarier zustimmen muss.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Ich finde, wir können nicht eine geheime Abstimmung abhalten, wenn das in unserem Geschäftsreglement nicht vorgesehen ist. Das ist kein Format. Mein Ordnungsantrag ist, gar nicht darauf einzugehen.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Es sind geheime Abstimmungen vorgesehen gemäss Art. 50 Abs. 3. Das ist vielleicht ein Mangel in unserem Geschäftsreglement, dass das Zustandekommen nicht definiert wird. Ich zitiere Art. 50 Abs. 3: «Ergibt sich bei geheimen Abstimmungen Stimmgleichheit, ist der Antrag abgelehnt.» Die geheime Wahl wird erwähnt, deshalb bin ich der Meinung, dass wir das so machen können.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Ich muss es lesen, ich bin auch kein Jurist. Es geht hier um eine sachliche Abstimmung und nicht um Wahlen. Ich lasse mich gern belehren, ich möchte einfach, dass dieser Fall geheime Abstimmung im Reglement vorgesehen ist. Sonst ist dann die Abstimmung über die geheime Abstimmung nicht rechtens, und das wäre schade oder peinlich.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Wir konnten uns einigen und sind der Ansicht, dass wir das so korrekt machen. Ich wiederhole nochmals meine Begründungen dazu. Da in unserem aktuellen Geschäftsreglement des Parlaments leider nicht definiert ist, wie eine geheime Wahl zustande kommen muss, berufen wir uns auf das kantonale Gesetz über das Stimm- und Wahlrecht, welches besagt, dass bei einer Abstimmung mindestens ein Viertel der anwesenden Parlamentarier einer geheimen Wahl zustimmen müssen. Bei aktuell 25 anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern wären das sieben Personen.

Abstimmung

Der Antrag auf geheime Abstimmung wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung

Der Antrag von Riquet Heller auf eine Senkung des Steuerfusses um 2 % wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Ich komme nochmals zurück zum Antrag der FGK. Dazu gab es bei meiner Frage keine Wortmeldungen. Wenn das weiterhin der Fall ist, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen.

S. 52 Liegenschaftensteuer

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Die FGK beantragt, den Betrag von CHF 1.01 Mio. auf CHF 1.05 Mio. zu erhöhen, und zwar ganz einfach aus der Erfahrung der letzten Jahre. Die Liegenschaftensteuer nimmt, solange wir sie noch haben, jedes Jahr um einen gewissen Betrag zu. Das sind ungefähr CHF 40'000. Die Hochrechnung zeigt, dass wir im laufenden Jahr die Millionengrenze bereits überschreiten werden, deshalb der Antrag auf CHF 1.05 Mio.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Wenn nicht, gilt dieser stillschweigend als angenommen.

Rückkommen

1110 Polizei 4270 Bussen

Kurt Boos, SVP: Es vergeht kein Tag, an dem man nicht etwas dazulernen kann. Meiner ist, dass ich dann aufstehen muss, wenn der entsprechende Budgetposten aufgerufen wird. Das Thema, welches ich anschneide, ist im Verhältnis zu den Beträgen, die wir vorhin behandelt haben, eigentlich Kleinvieh, doch Kleinvieh macht ja bekanntlich auch ein wenig Mist. An der Budgetdebatte vom Herbst 2024 haben wir im Parlament beschlossen, dass wir auf das Jahr 2025 einen Budgetposten von CHF 1'500 mit ins Budget nehmen, und zwar für die Missachtung der Leinenpflicht im Seeuferareal. Im aktuellen Budget wurden diese CHF 1'500 auf CHF 1'000 reduziert. Unsere Frage an den zuständigen Stadtrat: Wie viele Bussen oder Bestrafungen wurden im laufenden Jahr 2025 bei Kontrollen der Leinenpflicht ausgesprochen? Woher kommt der Grund für die Reduktion von CHF 1'500 auf CHF 1'000? Und erkennt der Stadtrat oder die Stadt am Seeufer eine Verbesserung der Situation?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Du hast es gesagt, im Vergleich zum ganzen Budget ist das Thema ein Sandkorn in der Wüste. Es ändert überhaupt nichts am Geldbetrag. Auf der anderen Seite habe ich gemerkt, dass das Thema freilaufende Hunde für viele, die die Quaianlagen nutzen, ein Ärgernis ist. Wir sprechen hier von Bussen von CHF 1'500, CHF 1'000 oder noch weniger. Ich hatte heute die Gelegenheit, mit dem Hundesportverein zu sprechen und habe da erfahren, dass die freilaufenden Hunde dort, wo Leinenpflicht ist, effektiv ein Problem und ein Ärgernis sind.

Wir haben 2025 bis jetzt CHF 10'000 für den Sicherheitsdienst ausgegeben. Bussen, das muss ich jetzt leider so sagen, haben wir keine eingenommen. Ich kann es auch erklären. Anfang 2025 haben wir mit der Auftragsvergabe an den Sicherheitsdienst abgemacht, dass sie da relativ rigoros schauen sollen. Sie haben dann in den ersten Fällen nur verwarnet. Wir haben dann nachgehakt und gesagt, dass wir mehr Bussen haben möchten. Jetzt hat sich das offenbar herumgesprochen, wie wir das gemerkt haben. Wenn die Securitas anwesend ist, sind die Hunde angeleint. Wir müssen also in diesem Punkt jetzt ein bisschen anders vorgehen.

Aber noch eine Zahl, die doch eindrücklich ist. 74 Hundehalter wurden angehalten, davon haben sich 71 korrekt verhalten, drei wurden verwarnt. Die Relation ist also relativ gering.

Was ist der Grund für diese Reduktion? Sie kennen meine Meinung. Bei dieser Bussenfrage von CHF 1'000 oder CHF 1'500 war ich immer ein grosser Gegner, weil das eindeutig zu hoch ist. Es ist nicht realistisch, dass wir diesen Betrag in einem Jahr über die Securitas einfahren können. Auch aus besagtem Grund, dass bis jetzt noch nichts eingegangen ist, haben wir gesagt, CHF 1'000 genügt.

Dann noch zur Frage, ob der Stadtrat eine Verbesserung der Situation am Seeufer erkennt: Wir haben das im Stadtrat nie besprochen. Das ist eine Frage der Verwaltung. Da kann ich mitteilen, dass bei der Verwaltung 2025 wegen eines nicht angeleiteten Hundes eine einzige Reklamation eingegangen ist, und das hat nicht den Quai betroffen, sondern das Simishölzli. Wir halten die Augen offen, wir suchen nach Lösungen, es darf kein Ärgernis bleiben.

Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung

1. Das Stadtparlament beschliesst mit 18 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen den Steuerfuss für das Jahr 2026 auf 72 % zu belassen.
2. Das Stadtparlament genehmigt das Budget 2026 der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 35'415 mit 22 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.
3. Das Stadtparlament genehmigt die Investitionsrechnung 2026 mit Nettoinvestitionen von CHF 10'837'000 mit 25 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.
4. Das Stadtparlament genehmigt die Investitionen 2026 in das Finanzvermögen von CHF 680'000 mit 25 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.

Das Stadtparlament nimmt den Finanzplan 2026 – 2029 zur Kenntnis.

Gemäss Art. 7 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterliegen Voranschlag mit Steuerfuss obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 30. November 2025 an der Urne zur Genehmigung unterbreitet.

3. Seeuferrevitalisierung Schwimmbad und Seepark, Kredit in der Höhe von CHF 6'350'000.00 für die Revitalisierung des Uferabschnitts Wahl 7er-Kommission

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Das Büro hat an der Sitzung vom 25. August 2025 beschlossen, für diese Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission:

Chiara Eugster, SP/Grüne, Riquet Heller, FDP/XMV, Judith Huber, Die Mitte/EVP, Christoph Seitler, FDP/XMV, Corinne Straub, SVP, Esther Straub, Die Mitte/EVP, Michael Zwahlen, SP/Grüne.

Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der 7er-Kommission in globo ab.

Abstimmung

Die Kommission wird mit 25 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung in der vorgeschlagenen Zusammensetzung gewählt.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Als Präsident der Kommission wird Michael Zwahlen, SP/Grüne, vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl des Präsidenten ab.

Abstimmung

Michael Zwahlen wird mit 24 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als Präsident der vorberatenden Kommission gewählt.

4. Fragerunde

Reto Gmür, BFA: In der Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2023, also vor bald zwei Jahren stellte ich diese Fragen schon einmal. Es geht also immer noch um die Ersatzbepflanzung der geschützten Platane vom Bündnerhof. Und nicht zuletzt geht es mir auch um glaubwürdige Beantwortungen der Parlamentarierfragen in der Fragerunde. Daher nochmals:

1. Wann und wie greift der Stadtrat endlich in diese unhaltbare Situation ein? Kann und möchte er das überhaupt?
2. Warum informiert der Stadtrat die Bevölkerung nicht unaufgefordert darüber, warum sich der Besitzer dieser Liegenschaft nicht an die Arboner Richtlinien und Fristen hält?
3. Wann kann die Bevölkerung endlich mit der mehr als überfälligen Ersatzpflanzung rechnen?

Ich bedanke mich für die ehrliche, den Tatsachen entsprechende Beantwortung meiner Fragen.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Gerne beantworte ich die Fragen wie folgt:

Die Bauverwaltung und auch ich als zuständiger Stadtrat sind in regelmässigem Austausch mit dem Besitzer der Parzelle Bündnerhof, da die Stadt grosses Interesse an einer zeitnahen Schliessung der Baulücke beim Bündnerhof hat, samt Ersatzpflanzung für die erwähnte Platane. Der Besitzer reichte, wie von mir im Dezember 2023 angekündigt, Anfang 2024 eine Projektänderung samt genauem Standort für die Ersatzpflanzung ein. Das ist sein gutes Recht. Das neue Gebäude soll der Strasse entlang gebaut werden, sodass ein attraktiver Innenhof entsteht.

Da sich das neue Projekt am neuen Baureglement orientiert, muss der Bauherr zuerst die Inkraftsetzung des neuen Baureglements abwarten, bevor das Baugesuch aufgelegt werden kann. Da die Ersatzpflanzung für die Platane im Innenhof erfolgen soll, ist es ratsam, die Pflanzung erst am Schluss des Baus während den Umgebungsarbeiten auszuführen. Das heisst, es ist weiterhin Geduld gefordert.

Rudolf Daepf, SVP: In verschiedenen Zeitungen, unter anderem im Felix Nr. 32 und auch auf nau.ch schreibt die Stadt Arbon den Gastrobetrieb Seeparksaal neu aus. Grund ist die Nichtverlängerung des Pachtvertrags mit Malik vom La Luna. Die Inserate und Werbekampagne scheint mir mit hohen Kosten verbunden. Für Modernisierungen des Restaurants sind gemäss Budget 2026 CHF 90'000 veranschlagt. Zudem soll am Ende eine Jury das Siegerprojekt auswählen. Daraus stellen sich mir folgende Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten dieser Inserate und Werbekampagne? Gibt es bei der Neuausrichtung dieses Gastrobetriebs ein Kostendach?
2. Wurde, um Kosten zu mindern, vorgängig mit regionalen Gastrounternehmen Kontakt gesucht? Wenn nein, warum nicht?
3. Wurde, um Synergien zu nutzen, eine kombinierte Ausschreibung mit der Wirtschaft zum Schloss geprüft? Wenn nein, warum nicht?
4. Wer sind die Jurymitglieder, die das Siegerprojekt auswählen?

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Gern beantworte ich die Fragen wie folgt:

1. Die Kosten der Inserate beim Felix belaufen sich auf CHF 529.70, bei der TZ wird das in einem ähnlichen Rahmen sein. Dann haben wir zusätzlich noch online bei Gastroexpress ausgeschrieben. Im Total kommt das auf etwa CHF 1'100 Kosten für die Inserate. Ein Kostendach in dem Sinn gibt es nicht, aber es ist auch nichts Weiteres geplant.

2. Nein. Die Stadt Arbon hat ganz bewusst keine Gastrounternehmen direkt angesprochen. Denn wenn wir das tun und mit einem oder zwei Unternehmen direkt sprechen würden, wären wahrscheinlich drei oder vier andere zu Recht vor den Kopf gestossen und würden uns fragen, wieso wir nicht mit ihnen sprechen. Wir wollen das deshalb transparent machen und haben es ausgeschrieben. Zudem hat die Stadt auch intern gar kein Gastro-Know-how, weshalb es uns auch schwerfallen würde, die richtigen Leute anzusprechen. Allerdings haben wir lokale Gastronomen auf die Ausschreibung hingewiesen, sodass sie sich gegebenenfalls bewerben können.
3. Aus Sicht des Stadtrats macht dies keinen Sinn. Der Seeparksaal braucht auf 2026 eine Nachfolgeregelung, und bei der Umnutzung des Schlosses haben wir eine komplett andere Zeitschiene. Zudem ist die Infrastruktur im Schloss für einen Gastrobetrieb nicht perfekt geeignet. Bei einer Umnutzung würde sich die Frage stellen, wo ein Restaurant idealerweise platziert würde. Die Ausschreibung hat einen Zeithorizont von fünf Jahren mit Optionen auf Verlängerung auf zwei mal fünf Jahre, also insgesamt 15 Jahre. In dieser Zeit hoffen wir schon, dass wir dann auch beim Schloss in eine neue Richtung gehen können. Das würde auf dieser Zeitschiene nicht aufgehen.
5. Bei der Jury sind zwei Mitglieder des Stadtrats und drei Mitglieder aus der Verwaltung dabei, zudem haben wir eine externe Fachperson aus der Gastrobranche beigezogen. Dem Stadtrat ist das Restaurant Seeparksaal sehr wichtig. Wir sehen auch viel Potenzial an diesem Standort. Es ist so schön gelegen am See. Deshalb haben wir für diese Ausschreibung professionelle Begleitung gesucht, weil wir eben bei der Stadt das Gastro-Know-how ein bisschen zu wenig vorhanden haben. Das hilft uns, die Qualität der Pächterin oder des Pächters sicherzustellen, aber auch dass die Vertragsmodalitäten fair sind und auch im Sinne der Stadt sind.

6. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident René Walther, FDP: Aktuell stehen wichtige Projekte und Themen an, daher möchte der Stadtrat die Gelegenheit nutzen, um mit der interessierten Bevölkerung näher in Kontakt zu treten und zu kommen. Wir nennen das Ganze Stadtrat on Tour oder Stadtrat auf Tour. Hauptthemen im Gepäck sind das Projekt in der Altstadt, das Projekt Seeufer/Badi sowie die Finanzen. Das Ganze soll in einem lockeren Rahmen stattfinden. Es wird nicht eine zweistündige Präsentation geben, sondern eine Kombination, quasi hybrid in einem lockeren Rahmen. Dazu, das wird jetzt auch im Felix publiziert, gibt es fünf Termine: 8. Oktober in Frasnacht, 21. Oktober im Primarschulhaus Seegarten, 29. Oktober im Saurerwerk 2, am 30. Oktober in Stachen und am 5. November im Pflegeheim Sonnhalden.

Mit einer Informationsveranstaltung haben wir gestern hier im Seeparksaal den Prozess zum Abschluss Gewässerraumausscheidung lanciert. Das Projekt ist ein gesetzlicher Auftrag und muss bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Ein Planerteam rund um die Abteilung Stadtplanung hat in den letzten zwei Jahren den Inhalt des Planungsgeschäfts erarbeitet und durch den Kanton vorprüfen lassen. Aktuell findet die Bekanntmachung statt. Dabei geht es darum, den betroffenen Grundeigentümern ihre Fragen zu beantworten und die Gelegenheit zur Mitwirkung zu geben. Ab Frühjahr 2026 wird dann der formale Bewilligungsprozess durch die öffentliche Auflage gestartet werden, sodass wir dieses Projekt zeitgerecht auf Ende Jahr abschliessen können.

Bezüglich der Ortsplanungsrevision habe ich aktuell ein Versprechen per Ende Monat. Wir haben also noch acht Tage Zeit und wir hoffen, dass diese Dokumente mit einem mittlerweile 54-seitigen Bericht bei uns eintreffen werden und wir dann weiterarbeiten können.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich möchte noch kurz ein paar Informationen zu den Investitionen im Seeparksaal weitergeben. Sie haben es gemerkt, vielleicht auch nicht. Sie sitzen auf neuen Stühlen und Sie arbeiten an neuen Tischen. Der Vorteil ist, es quietscht viel weniger. Wenn es nicht mehr quietscht, dann merkt man es eigentlich nicht. Wenn es quietscht, hat man es schon gemerkt. Zudem sitzen Sie auf einem neuen Boden, zu diesem Thema hat es auch kritische Fragen gegeben. Einerseits an den Stadtrat, aber auch ans Parlament. Ich darf Sie beruhigen,

Sie haben Ihre Aufgaben richtig gemacht, den Boden zu erneuern war tatsächlich wichtig. Der Boden war in einem schlechten Zustand. Er wurde bereits früher schon abgeschliffen und neu versiegelt. Er hatte zudem Schäden durch die normale Nutzung. Es ist auch ein Sportboden nicht nur für den Festbetrieb. Es gab Ablösungen in der Trennschicht und im Furnier, und insbesondere der Unterboden war teilweise irreparabel defekt. Weil es ein Sportboden ist, hat er Federn, und diese waren teilweise defekt. Das Produkt war nicht mehr lieferbar, weshalb der Boden ersetzt werden musste. In diesem Sinn können Sie heute Nacht beruhigt schlafen, Sie machen Ihre Sache generell relativ gut.

Präsident Matthias Schawalder, SVP: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung.

Die nächste Sitzung findet am 18. November um 19:00 Uhr statt.

Wir haben heute intensive Diskussionen geführt, Argumente ausgetauscht und, wie es sich für ein Parlament gehört, auch unterschiedliche Standpunkte vertreten. Am Ende haben wir aber gemeinsam die Verantwortung übernommen und geben unserer Bevölkerung unsere Empfehlung ab.

Mein Dank gilt Ihnen allen für die engagierte und faire Debatte sowie der Verwaltung für die gründliche Vorarbeit. Ein Budget ist kein Endpunkt, sondern der Rahmen, in dem wir uns im kommenden Jahr politisch bewegen. Ich wünsche uns, dass wir diesen Rahmen mit Leben füllen im Interesse unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung um 21.02 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Der Parlamentssekretär:

Matthias Schawalder

Flavio Schambron